

Florian Weber, Roland Theis und Karl Terrolion (Hgg.), Grenzerfahrungen. COVID-19 und die deutsch-französischen Beziehungen – Expériences transfrontalières. Les relations franco-allemandes à l'heure de la COVID-19, Springer Nature und Union Stiftung, Wiesbaden 2021, 468 Seiten.

Im Jahre 2011 habe ich in einem Vortrag vor der Académie Nationale de Metz über „Histoire de la frontière franco-allemande en Sarre du XVIII^e siècle à nos jours“ festgestellt,¹ dass nicht nur der jüngeren Generation die Lage der deutsch-französischen Grenze nahezu unbekannt sei. Leider hat sich dies im Jahre 2020 grundlegend geändert. Es freut mich daher, dass Vertreter der Politik, Vertreter der Wissenschaft und Praktiker der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bereits im August 2021 eine reiche Publikation zu diesem Thema vorlegen. Bei meiner Besprechung schließe ich alle Fragen der Epidemiologie wegen Unkenntnis aus. Als Saarländer lege ich meinen Schwerpunkt auf die Kritik des Verhaltens saarländischer oder deutscher politischer und Verwaltungsorganisationen die – meiner Ansicht nach – der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschadet haben. Zum Verhalten französischer Institutionen sollen sich im wesentlichen Franzosen äußern.

Der von der Union Stiftung finanzierte und vom Springer-Verlag editierte Band wurde von Prof. Dr. Florian Weber, Juniorprofessur für Europastudien, Schwerpunkt Westeuropa und Grenzräume, an der Universität des Saarlandes als Vertreter der Wissenschaft und von Roland Theis, Staatssekretär für Justiz und Staatssekretär für Europa sowie Bevollmächtigter für Europaangelegenheiten des Saarlandes, und Karl Terrolion aus dem Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes als Vertretern der Politik herausgegeben.

In einem Werbetext des Springer-Verlags im Internet wird ebenfalls festgestellt: „Was uns fast schon unmöglich erschien: die geschlossene Grenze zwischen Deutschland und Frankreich und welche Auswirkungen sie auf das deutsch-französische Verhältnis hatte“ sei Thema des Bandes. Er enthalte „Stimmen und Bilder aus dem Frühjahr 2020“. Es handele sich um einen „prominent besetzten deutsch-französischen Sammelband“. Alle Aussagen sind korrekt.

Im ersten Teil schildern die drei Herausgeber die Folgen der Pandemie unter dem Titel „Neue Herausforderungen, alte Grenzen? Wie die COVID-19-Pandemie das deutsch-französische Verhältnis aufwirbelt.“ Ich hatte mir damals als Deutscher auch Gedanken gemacht über die Folgen französischer Verwaltungsreformen, die aus Sparsamkeitsgründen alte Regionen zusammenfassten, sodass Ereignisse in Mülhausen im Oberelsass Folgen für die saarländisch-französische Grenze hatten, da das Robert-Koch-Institut die gesamte Region Grand’Est als ein einziges Risikogebiet einstufte, obwohl die höchste Inzidenz nur das Oberelsass betraf.

Der zweite Teil behandelt das Verhältnis zwischen den Zentralverwaltungen in Berlin und Paris unter dem Titel „Perspektiven auf die Turbulenzen im Frühjahr 2020“. Hier äußern sich der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt in Berlin, Michael Roth, der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in Berlin Markus Kerber, der Minister für Wirtschaft, Finanzen und Konjunkturbelebung in Paris Bruno Le Maire, das Mitglied des französischen Senats für die Auslandsfranzosen Roman Le Gleut, die französische Generalkonsulin im Saarland Cathérine Robinet, das Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Konstanz Andres Jung und Christophe Arend, Mitglied der Französischen Nationalversammlung für den Wahlkreis Forbach, und sowie die europapolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Dr. Franziska Brantner.

Der dritte Teil gilt der „Corona- und Grenzkrise vor Ort: Das Handeln der Politik im regionalen und lokalen Kontext“. Hier äußern sich der damalige Ministerpräsident des Saarlandes Tobias Hans, seine Stellvertreterin Anke Rehlinger, der Präsident der Region Grand’Est Jean Rottner, der Präsident des Mosel-Departements Patrick Weiten, der ehemalige Präsident des Departementalrates von Meurthe-et-Moselle und inzwischen im Amt befindliche Maire von Nancy Mathieu Klein, der

Bürgermeister der saarländischen Gemeinde Großrosseln Dominik Jochum und der ehemalige Finanzbeamte und derzeitige Maire der Gemeinde Kleinrosseln Gérard Mittelberger.

Der vierte Teil will „Einblicke in das deutsch-französische Krisenmanagement“ erlauben. Hier äußern sich Hanno Thewes, Referatsleiter für Europapolitik aus dem Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes, Gilbert Schuh, Maire von Morsbach bei Forbach und Präsident des Euro-distrikts Saar-Moselle, Christian Braun, Geschäftsführer und ärztlicher Direktor des Klinikums Saarbrücken auf dem Winterberg, der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer mit Sitz in Paris Patrick Brandmaier und der Generaldirektor der Französischen Industrie- und Handelskammer in Deutschland mit Sitz in Saarbrücken Frédéric Berner.

Der fünfte Teil greift weiter aus und bezieht unter dem Titel „Von Grenzblockaden und Grenzüberschreitungen“ Kultur, Medien und Bevölkerung mit ein. Es äußern sich Valérie Deshoulières, Direktorin des Französischen Instituts in Saarbrücken und Professorin an der Universität des Saarlandes und am Katholischen Institut in Paris, der lothringische Sänger Marcel Adam, Carolin Dylla, Redakteurin beim Saarländischen Rundfunk für grenzüberschreitende deutsch-französische Themen, Thomas Wieder, Korrespondent von Le Monde in Berlin, Susanne Freitag-Carteron, Leiterin des ZDF-Studios in Saarbrücken. Hélène Maillason, die Redakteurin für das grenznahe Frankreich und Luxemburg der Saarbrücker Zeitung, Janine Loock, die Präsidentin der Union des Français de Sarre, und der international ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler Philipp Maria Albert Hoffmann.

Der sechste Teil gilt „Stimmen aus der Wissenschaft. Die COVID-19-Pandemie und Grenzreflexe“. Hier können die Meinungen von Prof. Dr. Manfred Schmitt, dem Präsidenten der Universität des Saarlandes, mehreren Teilnehmern des internationalen Programms der École Nationale d'Administration (ENA) in Straßburg, von Christian Wille, Senior Researcher an der Universität Luxemburg und Leiter des Wissenschaftsnetzwerks IniGR-Center for Border Studies, Prof. Dr. Claudia Polzin-Haumann, Inhaberin des Lehrstuhls für Romanische Sprachwissenschaft (Angewandte Linguistik und Didaktik der Mehrsprachigkeit) an der Universität des Saarlandes, Nora Crossey, Forscherin im Bereich der grenzüberschreitenden interregionalen und interkommunalen Zusammenarbeit, zurzeit an der Universität des Saarlandes, und von Nicolas Bouzou, Journalistin und Schriftstellerin, nachgelesen werden.

Der siebte und letzte Teil trägt den Titel „Und nun? Lehren aus der Krise“. Hier versucht Staatssekretär Roland Theis die politischen Lehren aus der Krise zu ziehen.

Der Text des Bürgermeisters der Gemeinde Kleinrosseln Gérard Mittelberger „zeigt die ganz konkreten Auswirkungen zentral verordneter Entscheidungen für den Alltag im Grenzgebiet“ (S. 185). „Administrative Vorgaben wurden zu nahezu unüberwindlichen Hürden.“ In Kleinrosseln fehlt der Lebensmittelhandel; „Individuelle Hilfsmöglichkeiten mussten gefunden werden“; Grenzgänger wurden blockiert (S. 185). Alles lösbar Probleme in der deutschen Übersetzung! Wenn man aber den ursprünglichen französischen Text liest, dann fehlen auf einmal zwei über 80-jährigen Frauen ihre Töchter von jenseits der Grenze, die sie täglich pflegen; Kranken fehlen ihre Medikamente! (S. 187). Jetzt wird klar, welche Folgen die Grenzschließung gerade für die Schwächsten in der Gesellschaft hatte. Die deutsche Übersetzung zeigt nur Verwaltungsprobleme – erst im französischen Text werden die menschlichen Probleme sichtbar. Ist das Absicht??

Diese Erfahrungen haben einen bitteren Geschmack bei vielen Franzosen zurückgelassen (S. 190). Die Verwaltungen beiderseits der Grenze bemühten sich meist erfolgreich, Lösungen für diese persönlichen Probleme zu finden. Aber warum war es nicht möglich, von der Bundespolizei Erlaubnisse zum Grenzübertritt in diesen Fällen zu erhalten, da doch jeweils „triftige Gründe“ vorlagen (S. 197)? Aber offensichtlich war man sich nicht einig, wie dieser „triftige“ Grund zu definieren sei. Daran lag es wohl, dass ich bisher überzeugt war, dass die Verordnung eine solche Härtefallklausel nicht enthielt.

Wie war es dann möglich, dass ein Bundespolizist einen Leichenwagen, der einen verstorbenen lothringer COVID-Patienten aus einem Völklinger Krankenhaus abholen sollte, erst nach langen Diskussionen weiterfahren ließ? (S. 198). „Die Bundespolizei erklärte auf Rückfrage, man sei besorgt gewesen,

dass der Fahrer des Leichenwagens seine Fahrt zum ‚Shopping‘ im Saarland nutzen könnte.“ (S. 198). Welche inkompetente Polizeiführung leitete diese Aktion im Saarland? Welches Verbrechen hätte es dargestellt und welche Gesundheitsgefahr wäre dadurch für das deutsche Volk entstanden, wenn der Fahrer des Leichenwagens tatsächlich unterwegs Lebensmittel gekauft hätte? Die übrigen Geschäfte waren ja geschlossen! Wie kann man zu solchen unmenschlichen Entscheidungen kommen? Dass die einzelnen Polizeibeamten an der Grenze wahrscheinlich nicht entsprechend geschult und informiert waren, dass sie keine Schwerverbrecher an der Grenze suchen sollten, sondern nur einen Verwaltungsakt vollziehen, war zu befürchten. Dass aber die Führungskräfte der Bundespolizei dieses Vorgehen noch bestätigten, halte ich für unerträglich. Es gilt also nicht für die Bundespolizei, dass sie „dein Freund und Helfer“ ist! Wenn man die Berichterstattung der Saarbrücker Zeitung gelesen hat, so war dies nicht das einzige Beispiel für solches Verhalten der Führung der Bundespolizei.

So war die Bundespolizei trotz ihres Büros in Perl eine halbe Stunde lang nicht imstande, die luxemburgische von der französischen Grenze zu unterscheiden, als für beide verschiedene Regelungen galten.

Im Bereich des Stiftswaldes und der Spicherer Höhen, die ein Ausflugsgebiet der Saarbrücker bilden, sah sich die Bundespolizei veranlasst, Kontrollen durchzuführen. Man hat mir erzählt, einer Spaziergängerin, die aus Frankreich kam, sei die Alternative angeboten worden 250,- € Strafe für illegalen Grenzübertritt zu zahlen oder wieder im französischen Stiftswald zu verschwinden. Bei solchen Handlungen kommen mir Bilder für Karikaturen: Die wenigen Lothringer, die noch in Spichern wohnen – neben den zahlreichen Saarländern –, füllten ihre Rucksäcke mit Viren und wollten sie durch das Tal nach Saarbrücken tragen, um so den Sieg der Preußen im Deutsch-Französischen Krieg von 1870 auszugleichen!

Hat die Bundespolizei sich wieder als Bundesgrenzschutz, der sie nicht mehr ist, gefühlt? Wollte sie in diesem Sinne und nach der Erfahrung mit der Terrorbekämpfung von 2016 die Grenze vor der Überschreitung durch einen Feind beschützen? Ich gehe davon aus, dass weite Teile der Bundespolizei jubelten: Die Bundeskanzlerin hatte deren Angebot von 2015 auf eine Grenzschießung gegen die anrückenden Flüchtlinge abgelehnt, nun sah sich die Bundesregierung wegen der Pandemie gezwungen, eine Grenzschießung durch die Bundespolizei anzuordnen. Leider war die Regierung des Saarlandes im Gegensatz zu der Regierung von Nordrhein-Westfalen nicht imstande, die Schließung der Bundesgrenze in ihrem Bereich zu verhindern. Ihr hätte es bekannt sein müssen, welche Verflechtungen es zwischen dem Saarland und Lothringen gab und welche Folgen es für die Pandemiebekämpfung geben würde, wenn die Arbeitskräfte der Krankenhäuser, die aus Lothringen täglich kamen, beim Grenzübertritt zumindest behindert würden. Der medizinische Direktor des Klinikums Saarbrücken auf dem Winterberg hat die in vieler Hinsicht schwierige Lage sicherlich gut geregelt. Aber warum hat er sich nicht an die Landesregierung gewandt mit der Feststellung, dass durch die Art der Grenzschießung durch die landfremde Bundespolizei der Arbeitsweg für das lothringische Krankenhauspersonal absolut unnötig wesentlich verlängert wurde und damit diese notwendigen Kräfte, die durch die Pandemie bereits in besonderem Maße belastet waren, nun auch noch unter langen Arbeitswegen zusätzlich leiden mussten.

Leider gewinnt man anhand der Publikation den Eindruck, dass man auf der deutschen Seite jede Schuld für eine Verstimmung auf französischer Seite von sich zu weisen versucht. Emotionale Schilderungen in französischer Sprache werden in der deutschen Übersetzung in eine administrative Sprache umgesetzt. Natürlich muss es das politische Ziel sein, die Missstimmungen auf französischer Seite, die sehr berechtigt waren, wieder zu beseitigen. Dabei sollte man aber auch die schuldige Organisation auf deutscher Seite – nämlich die landesfremde Bundespolizei – als verantwortlich darstellen. Es war ein schöner symbolischer Akt, dass der damalige deutsche Außenminister Heiko Maas seinem französischen Kollegen den besonderen, auf der Grenze gelegenen Ort Leidingen zeigte. Ich glaube aber, dass Heiko Maas diesen Ort besser seinem damaligen Kabinettskollegen Horst Seehofer und dem Chef der Bundespolizei gezeigt hätte, da wir uns nicht mehr im 19. Jahrhundert befinden, wenn Zoll und Grenzpolizei immer aus dem entgegengesetzten Grenzgebiet des Landes stammten, um nicht mit der örtlichen Bevölkerung, die vom Schmuggel lebte, zu fraternisieren.

In den ersten Video-Sendungen zur Grenzschießung hatte ich den Eindruck, dass nur innerhalb einer Blase diskutiert wurde, für die es sonnenklar war, dass die gute europäische Stimmung in kürzester Zeit wiederhergestellt würde. Als Historiker weiß ich aber, dass grenzüberschreitende Spannungen noch erst so kurz zurückliegen, dass sie durch solche Auseinandersetzungen wie bei der Grenzschießung sehr leicht wiedererweckt werden können.

Michael Sander (Saarbrücken)

¹ Michael Sander, *Histoire de la frontière franco-allemande en Sarre du XVIII^e siècle à nos jours*. Mémoires de l'Académie Nationale de Metz, 192. Jahrgang, Serie VII, Band 24/2011, S. 199–215, hier S. 215.